



PROF. PETER FILZMAIER

## Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

**1** Wie die Politik unser Zusammenleben in Österreich gestaltet, das steht in Gesetzen und Verordnungen. Den Rahmen dafür bildet die Bundesverfassung. Folgerichtig stellt sich die Frage, wie zeitgemäß diese ist. Oder brauchen wir eine Demokratie- und Verfassungsreform?

Für grundsätzliche Regeln der Verfassung gibt es Argumente, die nur in den Anfängen der Zweiten Republik logisch waren. Das gilt besonders für die politische Beteiligung. Die Direktdemokratie etwa – also ohne Regierungshilfe mittels Sammeln von Unterschriften zu erreichende Volksabstimmungen – hielt man einst für problematisch.

Das Volk war ja von 1938 bis 1945 durch Nazimedien und NSDAP-Lehrer manipuliert worden. Genauso erschien ein mehr personenbezogenes und weniger an Parteien orientiertes Wahlrecht unmittelbar nach sieben Jahren Führerkult um Adolf Hitler fragwürdig. Da vertraute man lieber den Parteiorganisationen. All das ist heute nicht mehr so.

**2** Nicht mehr hören können viele Menschen das Wort Verwaltungsreform. Eine solche wird seit ewig angekündigt. Politiker aller Parteifarben versprechen unzählige Milliarden an Einsparungen. Demnach würde es gigantische Budgetüberschüsse für Wohltaten zugunsten der Bevölkerung geben. Der Teufel steckt jedoch im Detail der Umsetzung.

Das hat ebenfalls mit der

# „Friedhof der

Reformen beschreiben eine Neugestaltung. In der Politik hat das keine bestimmte Partei oder Regierung erfunden, sondern sind sie immer nötig. Weil sich die Welt und Österreich laufend verändern. Doch was soll man eigentlich reformieren?



Josef Moser ist der nächste Minister, der sich an Reformen versuchen darf.

Verfassung zu tun, weil die Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden umgeschrieben gehören. So verhindert man Doppelgleisigkeiten. Nur will kein Kanzler und Minister, Landeshauptmann oder Bürgermeister seinen Machtbereich verkleinern.

Ein Journalist schrieb bereits vor langer Zeit treffend: „Österreichs Friedhöfe sind voll von den namenlosen Verwaltungsreformern.“

Zudem wäre es besser, gute Ideen wenigstens in Bruchstücken umzusetzen, statt dass sie bei Konflikten von Bund und Ländern in politischen Särgen landen.

**3** Zum Thema Demokratie gehört die Sozial-

partnerschaft, obwohl sie in der Verfassung mit keinem Wort erwähnt ist. Dabei geht es nicht um ein Loben oder Beschimpfen der Kammern und ihrer Bürokratie. Die Kernfrage ist, ob wir wie bisher eine gesetzliche Interessensvertretung wollen oder den freien Wettbewerb von Gruppen aller Art.

Arbeiter- und Wirtschaftskammer auf gesetzlicher Basis und mit Pflichtmitgliedschaften haben den Vorteil, dass nach Kompromissen gesucht wird und nicht der Stärkere seine Interessen durchsetzt. Freilich kann so ein Kompromiss der mühsam gefundene kleinste gemeinsame Nenner sein.

Doch werden alle Arbeiter,

Angestellte und Unternehmer gleichermaßen vertreten und nicht bloß jene, für die sich eine „reiche“ Lobby findet.

**4** Eng damit verbunden ist das System der Sozialleistungen. Thema des Vormonats war die Zusammenlegung von Krankenkassen. Weder der Regierung noch der kritischen Opposition ist es gelungen, glaubhaft zu vermitteln, was das ganz genau für nicht gesunde Versicherte bedeutet. Die Zahl der Gremien und Funktionäre interessiert mich im Krankheitsfall wenig. Ich will wissen, welche Behandlung ich bekomme, wenn eine Kasse statt neun Gebietskassen besteht.

# Verwaltungsreformer“

**5** Ein noch heißeres Eisen für alle Parteien sind Pensionsreformen. Die Altersstruktur in Österreich sieht so aus, dass fast ein Drittel der Wähler bereits in Pension ist. Beinahe jeder Zweite gehört der 50plus-Generation an. Tendenz steigend. So große Wählergruppen verärgert niemand gern mit Überlegungen, ob wir später pensioniert werden und womöglich weniger Geld bekommen.

Es ist aber eine rechnerische Selbstverständlichkeit. Wenn wir erfreulicherweise länger leben und das Pensionsalter für alle Zeiten gleich bleibt, geht sich das finanziell schlecht

aus. Oder der Staat schießt mehr Steuergeld zu und muss ehrlich sagen, wenn und wo er das anderswo wegnimmt. Das wäre unpopulär und will kein Politiker, also ist diese Reformdiskussion ein Tabuthema.

**6** Beliebt sind hingegen Steuerreformen. Fast jede Regierung hat solche versprochen und entsprechend beworben. Dasselbe werden ÖVP und FPÖ vor wichtigen Wahlen versuchen. Der Haken ist, dass ihre Anhänger sich unterscheiden: Wenn die ÖVP die eigenen Wähler steuerlich entlastet, sind das mehr Durchschnitts- und Gutverdiener. Die FPÖ

muss dem unteren Einkommensdrittel Steuern erlassen.

Nun kann man in einer Regierung natürlich die Steuern für alle senken, doch woher soll der Staat das Geld für andere Reformen bekommen? Steuern sind schließlich seine Haupteinnahmen. Eine hausverständliche Skepsis gegenüber großartigen Reformankündigungen ist daher stets angebracht.